SERIE

Juden in Amerika

Israels heimliche Reservearmee / Von Jürgen Thorwald

Illegale jüdische Palästina-Einwanderer 1947: Nach dem Auschwitz-Schock ein Recht auf die Hilfe der Welt

2. Fortsetzung und Schluß

Antizionisten haben die Geschichte der Entstehung Israels, soweit sie zwischen 1945 und 1948 auf amerikanischem Boden spielt, stets mit einer gewissen Befriedigung betrachtet. Präsident Trumans Wunsch nach einer schnellen Hilfe für die jüdischen Überlebenden in Europa stieß auf den Widerstand des amerikanischen Außenministeriums. Truman suchte 1945 Auswege in Kommissionen der Uno, der vermeintlichen Heilerin aller Welt-Probleme.

Er begann mit einem „American British Committee". Aber dessen zwölf weise Männer brachten am 22. April 1946 aus Palästina keine Lösung mit nach Hause. Sie empfahlen, Palästina zunächst einer Uno-Verwaltung zu unstellen und die bestehenden Spannungen zwischen Juden und Arabern abzubauen. Kurioserweise traten sie aber gleichzeitig dafür ein, die Einwanderung für Juden freizugeben, was die bestehenden Spannungen erhöhen mußte.

Großbritannien lehnte ab. Die Araber, die mit mehreren Vertretern in die Uno einzogen, erhoben Protest. Aber auch der US-Zionistenführer Silver protestierte. Er hatte genug erfolglose Komitees und Vorschläge erlebt.

Truman erinnerte sich 1956: „Jüdische Führer in den Vereinigten Staaten versuchten jede Art von Pression gegen mich, um den Einsatz der amerikanischen Macht und amerikanischer Streitkräfte zur Verwirklichung der zionistischen Ziele in Palästina zu erreichen."

Nicht willens, so weit zu gehen, versuchte er es mit einer zweiten — erfolglosen — amerikanisch-britischen Kommission. Es verärgerte ihn, daß auch deren Kompromißlösung von den Zionisten zurückgewiesen wurde. Seine besondere Antipathie richtete sich gegen Silver, der zu allem Überfluß auch noch Anhänger der oppositionellen Republikaner war.

Trotzdem wiederholte Truman am Jom-Kippur-Tag 1946 öffentlich sein Versprechen, für die Einwanderung der Hunderttausend einzutreten. Die Kongreß-Wahlen standen vor der Tür. Die Wahlgeldsammler der Demokratischen Partei setzten Truman zu, weil sie sich jüdische Wahlspenden erhofften.

Aber das war für Truman nicht der entscheidende Punkt. Immer häufiger gingen Nachrichten über rücksichtslose britische Aktionen gegen Landungsversuche von Juden in Palästina ein, und die Forderung der Öffentlichkeit nach der Öffnung Palästinas wurde lauter. Der zukünftige Gegenkandidat Trumans in der Präsidentenwahl 1948, Gouverneur Dewey, forderte dann auch gleich, mehrere hunderttausend Juden müßten nach Palästina einwandern dürfen.

Die Situation schien für Truman beinahe aussichtslos, als England am 2. April 1947 ankündigte, es werde sein Palästina-Mandat niederlegen, sobald die Uno eine neue Verwaltung schaffe. Mit neuen Hoffnungen bot Truman den amerikanischen Einfluß auf, um ein „United Nations Special Committee" für Palästina zu gründen und nun eine Uno-Lösung des Problems zu finden.

Am 20. Juli 1947 brachte das Komitee von einer Palästina-Reise einen Plan mit: Teilung Palästinas in einen palästinensisch-arabischen und einen palästinensisch-jüdischen Teil. Der ziemlich groteske Kompromiß verband die oft miteinander verzahnten arabischen und jüdischen Siedlungsgebiete durch Korridore und machte Jerusalem zur internationalisierten Stadt.

Von den Arabern wurde der Plan abgelehnt: Nach ihrer Darstellung hätten sie, die zwei Drittel der Bevölkerung stellten, 60 Prozent des Landes verloren. Die zionistischen Gegenspieler dagegen griffen zu, weil sich zum erstenmal die Möglichkeit bot, ein international anerkanntes Gebiet zu erhalten und auch das Ende der Einwanderungssperren zu erzielen. Eine Abstimmung der Uno über den Teilungsplan wurde auf den 26., später auf den 29. November anberaumt.

Was daraufhin geschah, beschreibt Truman selbst: „Nicht nur innerhalb der Uno wurde Druck auf eine Weise angewandt, wie sie es nie zuvor gegeben hatte, sondern auch das Weiße Haus lag unter ständigem Feuer... Die Haltung der extremen zionistischen Führer, ihre politischen Argumente und Drohungen waren so, daß sie mich ärgerten. Einige verlangten von mir, daß wir souveräne Regierungen dazu erpressen sollten, ihr Ja zu der Teilung zu geben."

© 1974 Jürgen Thorwald

Jüdische Freudenkundgebung in Tel Aviv 1947*
Pressionen gegen die Uno

Briten-Abzug in Haifa 1948: Sympathie für Araber

Es gehörte zum amerikanischen Stil, daß sich Brieffluten, Telephonanrufe und Telegramme über die damals erst 57 Uno-Delegierten ergossen. Aber diesmal gingen die Dinge weiter.

Ohne Trumans Wissen wurde der Präsident von Haiti, der Anweisung gegeben hatte, mit Nein zu stimmen, unter finanziellen Druck gesetzt. Bernard Baruch drohte dem französischen Uno-Delegierten, die USA würden Frankreich ihre Wirtschaftshilfe entziehen, wenn es mit Nein stimme.

Dem afrikanischen Liberia, dessen Präsident Tubman den Teilungsplan ablehnte, erging es ähnlich. Aus Furcht vor einem Boykott ihrer Autoreifen teilte die „Firestone Tire & Rubber Company" Tubman mit, sie müsse ihre Investitionen in Liberia zurückziehen, falls er seine Meinung nicht ändere. Auf andere Weise wurden die Philippinen, Griechenland, Belgien, Neuseeland, die sich der Stimme enthalten wollten, beeinflußt.

Die Uno entschied sich am 29. November mit 33 Ja-Stimmen (darunter damals noch die Sowjet-Union), 13 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen (darunter Großbritannien) für den Teilungsplan. Truman hoffte in anhaltendem Uno-Optimismus, es werde nun zu einer friedlichen Lösung kommen.

Doch anstatt eines Friedens begann der erste arabische Versuch, die Gründung des jüdischen Staates mit militärischen Mitteln zu verhindern — der erste jüdisch-arabische Krieg, der mit Unterbrechungen durch Waffenstillstände bis zum Sommer 1949 dauerte und mit dem ersten Sieg der Israelis, nicht aber mit einem Frieden endete.

In der ersten Phase sahen sich die Juden — unter den Augen der englischen Mandatsmacht, die der arabischen Seite zugetan war — hart bedrängt. Die eingekauften Waffen waren noch unterwegs. In Washington kam es zu neuen heftigen Appellen an das Weiße Haus.

Truman: „Einzeln und in Gruppen forderte man, gewöhnlich auf emotionelle und aggressive Weise, die Araber zu stoppen, die Engländer daran zu hindern, die Araber zu unterstützen, amerikanische Truppen nach Palästina zu senden und so fort ... Als die Pressionen immer stärker zunahmen, gab ich Anweisung, daß kein radikaler Sprecher der Zionisten mehr zu mir vorgelassen würde. Ich war so betroffen, daß ich es auch ablehnte, Chaim Weizmann zu empfangen."

Trumans Antwort bestand darin, daß er dem Außenministerium Gehör schenkte. Er ließ sich überzeugen, daß die Uno-Teilung undurchführbar sei, und stimmte der Ausarbeitung eines Planes zu, der Palästina, das im Mai 1948 von den Engländern geräumt werden sollte, einer Uno-Treuhandschaft unterstellte, bis es gelang, eine Zustimmung der Araber zu gewinnen.

Auch stimmte er einem totalen Waffenausfuhrverbot für den Nahen Osten zu, das die jüdischen Waffentransporte aus den USA noch weiter behinderte. Der neue Palästina-Plan wurde vom Außenministerium geheimgehalten. Zionisten erfuhren jedoch davon.

Präsident Truman in antisemitischer Stimmung.

Um Truman wenigstens so weit umzustimmen, daß er Weizmann empfing, wandte man sich an einen alten jüdischen Freund des Präsidenten in Kansas City: Eddie Jacobson. Er war ein Kriegskamerad Trumans und hatte dessen kurzes Abenteuer im Herrenausstattergeschäft als Teilhaber miterlebt. Er gehöre zu den wenigen alten Truman-Freunden, die den Präsidenten nicht um die üblichen „Gefälligkeiten" gebeten hatten.

Jacobson fand Truman in einer geradezu antisemitischen Stimmung und bewog ihn nur mit Mühe dazu, am 17. März mit Weizmann zu sprechen. Die

* Nach dem Bekanntwerden des Uno-Beschlusses, Palästina unter Juden und Arabern aufzuteilen.

von Krankheit erschöpfte Gestalt des alten Visionärs und Diplomaten beeindruckte Truman und erreichte, was Pressionen nicht mehr vermocht hatten.

Das Waffenembargo blieb zwar in Kraft und wurde trotz Lobby-Bemühungen am 26. März weiter verschärft. Aber Truman versprach Weizmann, den Teilungsplan nicht anzutasten. Nach dem Bericht von Zeitgenossen sagte er auch zu, er werde es den Juden in Palästina selbst überlassen, für den Teilungsplan und einen jüdischen Staat zu kämpfen, und, sofern sie sich behaupteten, ihren Staat anerkennen.

Doch zwei Tage später, am 19. März 1948, ließ Außenminister Marshall, der nicht über den Empfang Weizmanns und Trumans Sinneswandlung unterrichtet worden war, der Uno den mit Zustimmung des Präsidenten ausgearbeiteten Treuhandplan vortragen und versetzte die Zionisten in Ratlosigkeit und Verratsstimmung.

Außerstande, Marshall zu desavouieren, sandte Truman den New Yorker Richter Samuel Rosenman mit einer persönlichen Botschaft zu Weizmann, in der er versicherte, daß er sein Wort halten werde.

Die Bundesrepublik liefert Panzer nach Israel.

Am 14. Mai — Marshall hatte noch kurz zuvor Mosche Scharett von der „Jewish Agency" davor gewarnt, am Tage des britischen Abzuges aus Palästina einen jüdischen Staat zu proklamieren — ließ Truman der Uno mitteilen, daß die USA als erste Macht der Welt Israel de facto anerkannten.

Gegner Israels, des Zionismus und des amerikanischen Judentums haben diese Ereignisse um Truman als Musterbeispiele für zionistisch-jüdische Aggressivität bewertet. Objektive Historiker sind sich der tiefer liegenden Ursache für die hektischen zionistischen Aktionen bewußt geblieben. Da war der Auschwitz-Schock. Da war das Gefühl, daß nicht nur Deutschland, sondern auch die übrige Welt, die im Kampf gegen Hitler von humanitären Deklarationen übergeströmt war, dem dezimierten jüdischen Volk Hilfe schulde.

Die Reaktion Trumans, die hart an die Grenze eines schweren Rückschlages, vielleicht der Niederlage für die zionistische Sache geführt hatte, hinterließ eine unvergessene Lehre: Die jüdische Einflußnahme für Israel ist ein komplexes, von den ständig schwankenden innen- und außenpolitischen Situationen, Strömungen oder Interessen der Öffentlichkeit, der Politiker, der Präsidenten abhängiges Phänomen.

Truman selbst lieferte ein Beispiel dafür, als im April 1949, nach der Niederlage der Araber, eine Uno-„Conciliation Commission" in Lausanne den vergeblichen Versuch unternahm, aus dem Waffenstillstand einen Frieden herauszufiltern.

Truman forderte von Ben-Gurion größere jüdische Konzessionen und hinderte den US-Delegierten Mark Ethridge nicht, die arabische Forderung zu unterstützen: Israel müsse zuerst sämtliche palästinensischen Kriegsflüchtlinge wieder aufnehmen, bevor über Frieden verhandelt werden könne. Damit begann ein meist untergründiges 25jähriges Ringen, das heute in der Kissinger-Ära einen Höhepunkt erreicht.

Ein führendes Mitglied des „American Council for Judaism" hat in den fünfziger Jahren einmal geäußert, die amerikanischen Zionisten hätten mit Hilfe Trumans den Vereinigten Staaten und ihrer Nahost-Politik mit Israel eine Hypothek aufgeladen, an deren Zinsen sie lange zahlen würden. Israel werde in einer feindseligen Umwelt immer wieder das amerikanische Judentum einspannen, um die USA davon abzuhalten, sich dieser Hypothek zu entledigen, falls einmal lebenswichtige amerikanische Interessen im Nahen Osten dies erfordern würden.

Es bleibt eine offene Frage, wie die amerikanische Nahost-Politik ohne die Existenz Israels verlaufen wäre. Sie führte nicht nur in der Ära Präsident Eisenhowers und seines selbstgerechten, sich antikolonialistisch und antikommunistisch gebärdenden Außenministers John Foster Dulles zu einer Reihe von Fehlgriffen, die nichts mit Israel zu tun hatten.

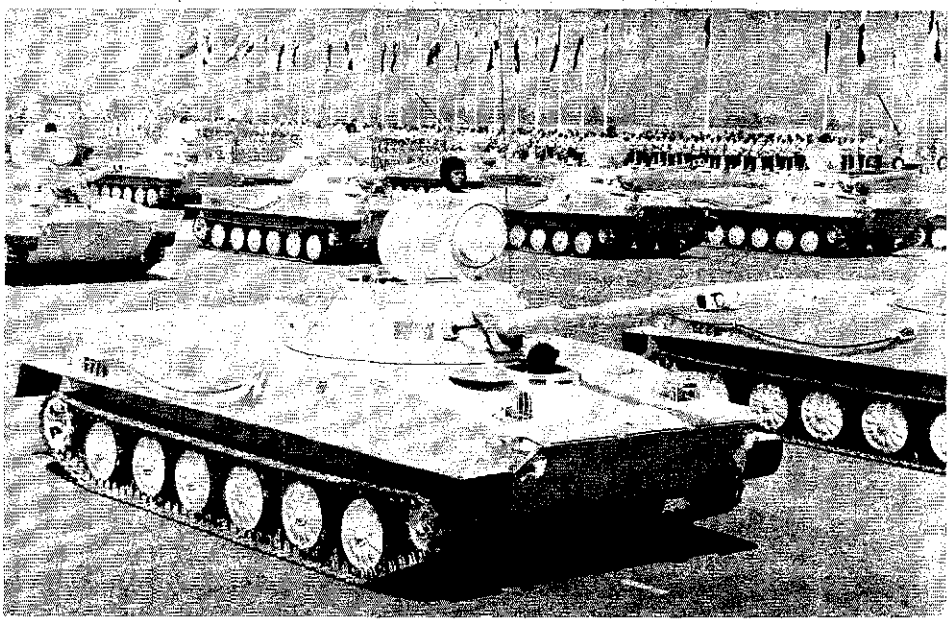
Andererseits hat es nie einen Moment gegeben, in dem Washington Israel, das mit Amerika enger verwandt war als mit der arabischen Welt, abgeschrieben hätte. Wohl aber durchziehen die US-Politik Versuche, das mit dem wachsenden arabischen Nationalismus ebenfalls wachsende israelische Störfeld auf andere Weise zu eliminieren oder zu verringern.

Häufig nahm Washington eine überspitzt betonte neutrale Haltung ein. Vor tatsächlichen Bedrohungen Israels schloß man so lange wie möglich die Augen. Waffenlieferungen suchten die USA auch nach Beginn der sowjetischen Bewaffnung Ägyptens im Jahre 1955 zu vermeiden oder durch die Bundesrepublik Deutschland erledigen zu lassen.

Präsident Truman, Gast Weizmann: Hausverbot für radikale Zionisten

Zwischen 1959 und 1965 lieferte die Bundesrepublik mit der gerne gegebenen Zustimmung der Präsidenten Kennedy und Johnson nach mehreren Treffen des stellvertretenden israelischen Verteidigungsminister Schimon Peres und Ben-Gurion auf der einen, Verteidigungsminister Strauß und Kanzler Adenauer auf der anderen Seite größere Waffenmengen amerikanischen Ursprungs, von Sikorski-Hubschraubern bis zu Patton-Panzern. Der Abbruch der Beziehungen arabischer Staaten zu Westdeutschland setzte diesem Umweg ein Ende.

Auch bemühte sich das US-Außenministerium, von Israel pro-arabische



Sowjetische Panzer in Kairo: Nach Moskaus Pakt mit den Arabern . . .

Konzessionen zu erzielen. So forderte Dulles 1955 die Abtretung der 1947 Israel zugesprochenen Negev-Wüste, um eine Landbrücke zwischen Ägypten und Jordanien zu bilden und den ägyptischen Präsidenten Nasser von seiner Annäherung an die Sowjet-Union abzubringen.

Aus der Distanz verurteilte Washington regelmäßig die israelischen Vergeltungsangriffe gegen die Fedajin, welche die Zeit von 1949 bis 1956 ausfüllten und eine der Ursachen für den Sinai-Krieg von 1956 wurden. Die erste und einzige damals versprochene direkte US-Lieferung von 24 F-84-Kampfflugzeugen als Gegengewicht gegen die ägyptisch-sowjetischen MiG-Jäger wurde Ende 1955 wegen einer israelischen Vergeltungsaktion gegen Syrien zurückbehalten.

Es war für niemanden eine größere Erleichterung als für Eisenhower, Kennedy und Johnson, als Israel zwischen 1956 und 1967 Unterstützung und Waffenausrüstung in Frankreich fand, das unter Ministerpräsident Guy Mollet, aber auch unter de Gaulle einen vorübergehenden Verbündeten gegen Nasser suchte.

Juden wollen die USA zu einer Israel-Garantie bewegen.

Dulles versuchte, auch noch die ersten Lieferungen französischer „Mystère"-Jäger an Israel zu verhindern. Da Frankreich verpflichtet war, zuerst Nato-Verbände mit Flugzeugen auszurüsten und die USA die Finanzierung trugen, gab es Handhaben. Er lehnte ein entsprechendes Ersuchen des französischen Verteidigungsministers Billotte glatt ab, und die Franzosen lösten das Problem durch eine „Korrektur der Lieferungsbücher".

Erst vor diesem Hintergrund erhalten die Anstrengungen der amerikanischen Juden, die Hilfe der USA für Israel zu erhalten, richtige Perspektiven. Sie bilden keine Geschichte eines jüdischen Dirigierens der amerikanischen Aktionen im Nahen Osten. Die Juden versuchten vielmehr, die Linie der US-Politik in Augenblicken zu korrigieren oder zu bremsen, in denen sie eine für Israel bedrohliche (oder für bedrohlich gehaltene) Richtung einschlug.

Noch ist die Geschichte dieser Versuche nicht geschrieben. Aber Erfolge wie Mißerfolge lassen sich übersehen. Es gelang zum Beispiel nicht, den Abschluß des Bagdad-Paktes von 1955 zwischen dem Irak, der Türkei und Großbritannien zu beeinflussen. Der Pakt erschien den Israelis als lebensbedrohend, weil Amerika Israel-feindliche Länder wie den Irak als Verbündete gegen die Sowjet-Union zu verpflichten suchte und bewaffnete.

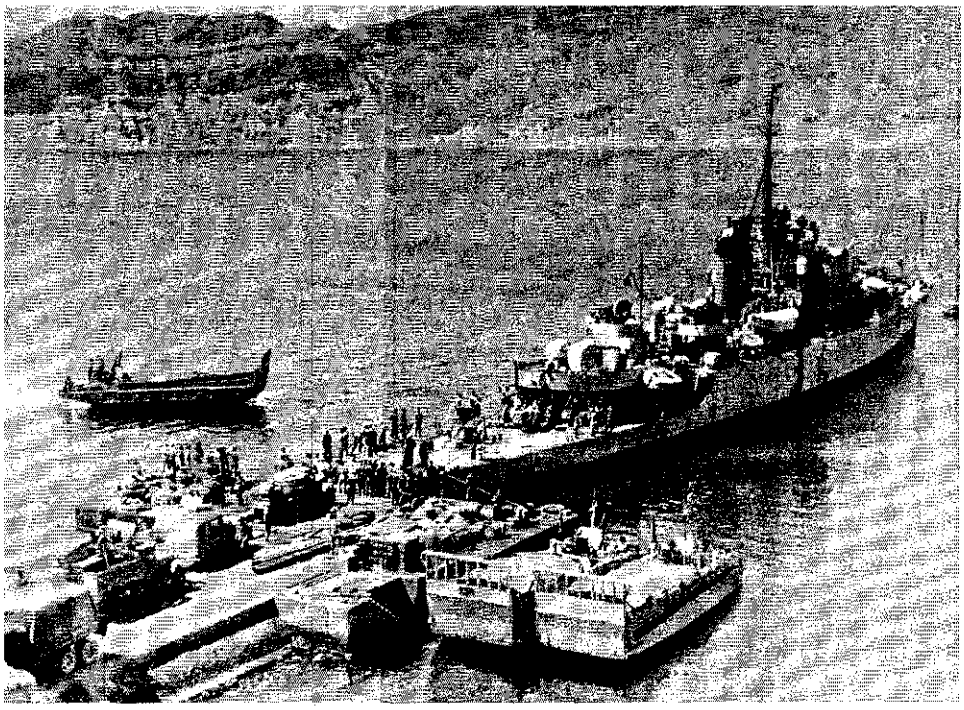
Die amerikanischen Juden scheiterten auch bei ihrer Unterstützung der israelischen Bemühungen, 1955 und später ein Abkommen mit den USA zu erzielen, das die Existenz Israels garantierte, oder aber Anschluß an die Nato zu finden. Eisenhower und Kennedy glaubten, jede amerikanische Garantieerklärung für Israel würde die Sowjets zu Garantieverträgen mit arabischen Ländern anreizen und ihnen ein Vordringen nach Nahost erleichtern.

US-Außenminister Dulles droht den Juden Sanktionen an.

Das amerikanische Judentum war erfolgreicher, als Israel im Oktober 1956 im geheimen Zusammenspiel mit dem britisch-französischen Unternehmen zur Zurückeroberung des Suezkanals in wenigen Tagen den größten Teil der Sinai-Halbinsel eroberte, die Fedajin-Zentren in Gaza beseitigte, in Scharm el-Scheich die ägyptischen Sperrstellungen gegen den israelischen Schiffsverkehr durch den Golf von Akaba nahm und „Raum" zwischen Israel und das nach der Sowjet-Bewaffnung übermächtig erscheinende Ägypten legte.

Dulles' zornbebender Versuch, doch noch gute Beziehungen zu Nasser zu erhalten, richtete sich anschließend gegen Israel: Zusammen mit der Uno, ja, mit der Sowjet-Union zwang er durch finanzielle Erpressung England und Frankreich zum Rückzug. Eisenhower forderte den bedingungslosen Rückzug der Israelis aus der Sinai-Halbinsel und drohte Sanktionen an, darunter eine Behinderung der lebensnotwendigen Sam-

. . US-Waffen aus Bonn für Israel: **Partner Ben-Gurion, Adenauer**



Israelischer Rückzug aus dem Golf von Akaba: „Amerikas Politik ist darauf aus . . .

melaktionen amerikanischer Juden für Israel.

Aus dieser Zeit stammt Mosche Dajans Urteil, das er innerlich vielleicht heute noch teilt: „Ich gewinne mehr und mehr die Überzeugung, daß die Politik der USA im Nahen Osten in erster Linie darauf gerichtet ist, Druck auf uns auszuüben."

Ben-Gurion leistete vom November 1956 bis zum 4. März 1957 Widerstand gegen die amerikanischen Forderungen. Laut Dajans Biograph Teveth hatte er in der Hoffnung auf einen Erfolg der Engländer und Franzosen Pläne gehegt, die als Beweise für zionistische Aggression gelten. Dazu gehörte eine Aufteilung Jordaniens zwischen Israel und dem Irak, um Nassers Einfluß auf Syrien zu brechen. Jetzt kämpfte er nur noch um Sicherungen gegen Ägypten auf der Sinai-Halbinsel, in Gaza, in Scharm el-Scheich.

Als Preis für seinen unvermeidlichen totalen Rückzug erhielt er schließlich wenigstens eine amerikanische Zusicherung von Uno-Kontrollen gegen die Fedajin von Gaza und eine durchsichtige Erklärung Eisenhowers, daß Amerika den Golf von Akaba als internationales Gewässer und eine Sperrung durch Ägypten als Verletzung dieses internationalen Status betrachte. Er verdankte diesen Erfolg einzig den Bemühungen jüdischer US-Organisationen und Persönlichkeiten wie Abba Hillel Silver, der als Republikaner persönliche Beziehungen zu Präsident Eisenhower unterhielt.

Ihnen kam der Umstand zu Hilfe, daß die Sowjet-Union im Herbst 1956 in Ungarn einmarschierte und den ungarischen Aufstand blutig niederschlug. Der krasse Unterschied zwischen der nichtssagenden Reaktion Eisenhowers auf diesen Akt und den Forderungen Israel gegenüber hatte Teile der amerikanischen Öffentlichkeit empört. Eisenhower und Dulles gerieten unter so starken Druck, daß sie sich zu zwei entgegenkommenden Gesten gegenüber Israel entschließen mußten.

General Dajan, Uno-Offizier (r.)
. . . uns unter Druck zu setzen"

Erfolglos blieben dagegen zehn Jahre später die jüdischen Bemühungen, Johnson an die gegebenen Versprechungen zu binden. Als Ägypten vor dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 den Golf von Akaba wieder versperrte, wagte Johnson (mit Vietnam im Rükken) nicht, amerikanische Schiffe durch den Golf zu schicken. Er fühlte sich erlöst, als Israel selbst den Knoten durchschlug.

Die ersten ernst zu nehmenden US-Waffenlieferungen (Hawk-Flugabwehr-Raketen und Patton-Panzer) begannen erst 1964/65, als Johnson versuchte, König Hussein von Jordanien mit US-Waffenverkäufen davon abzuhalten, sich sowjetischer Angebote zu bedienen, und als auch Saudi-Arabien amerikanisches Rüstungsmaterial erhielt. Es war unmöglich, Israels Gesuche nach Waffen, die in Frankreich nicht zu haben waren, weiter abzulehnen.

Nach dem Sechs-Tage-Krieg: Die USA müssen Israel bewaffnen.

Seit 1963 bat Schimon Peres bei Reisen nach Washington um Waffenhilfe. Er wurde durch jüdische Verbände und Persönlichkeiten unterstützt. Unter seinen Fürsprechern war der Finanzberater Kennedys, Mike Feldman, und der kürzlich verstorbene jüdisch-amerikanische Admiral a.D. Lewis L. Strauss, der einst dem Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. angehört hatte und bis 1958 eine wichtige Rolle in der amerikanischen Atomenergie-Kommission spielte.

Doch Peres hatte erst 1965 Erfolg. Und nach der Heimkehr aus Washington erfuhr er, daß Patton-Panzer bereits in Jordanien ausgeladen wurden (zwei Jahre später im Sechs-Tage-Krieg gegen Israel eingesetzt).

Der Sechs-Tage-Krieg hat zwar das Vertrauen amerikanischer Politiker in die militärische Bedeutung Israels im Nahen Osten bedeutend gestärkt, aber nur wenig an der Grundkonstellation des jüdischen außenpolitischen Einflusses geändert. Was sich änderte, war etwas anderes.

Der Zusammenbruch aller amerikanischen politischen Aktionen in Ägypten, Libyen, Syrien, im Irak und die schwankende Position in Jordanien und Saudi-Arabien einerseits, die sofort wieder begonnene Neubewaffnung der geschlagenen arabischen Länder durch die Sowjet-Union andererseits stellten die USA vor eine Wahl: Entweder gaben sie den Nahen Osten auf oder sie traten offen dafür ein, Israel als zuverlässigen Stützpunkt zu bewaffnen.

Die ungeheuren Kosten und die technische Qualität der sowjetisch-arabischen Rüstung ließ auch für Israel gar keinen anderen Weg mehr offen, als sich waffentechnisch an Amerika und seine Rüstungs-Kredit-Möglichkeiten zu halten. Der israel-bewußten Vertretung der amerikanischen Juden in Wa-

rhein stern
APPARTHOTEL
DÜSSELDORF

Neu!

IHRE RESIDENZ DER GASTLICHKEIT IN DÜSSELDORF AM RHEIN

Treffpunkt mit internationalem Flair. Für Individualisten, Business-Men, City-Urlauber. Düsseldorfs Hotel, in dem man immer wieder daheim ist. Im absolut preiswerten Rahmen.

Ihr nächster Aufenthalt in Düsseldorf kann ganz anders sein. Freier, effektiver, erlebnisreicher. Weil Sie im RHEINSTERN wohnen. So privat, wie Sie wollen. Oder so aufregend, wie Sie mögen. Düsseldorfs erstes Apparthotel realisiert die neue Konzeption: komfortable, voll ausgestattete Appartements zum Wohnen — und den Exklusiv-Service eines modernen Grandhotels zum Verwöhnen. Sie können beides genießen.

Im Appartement die chice Einrichtung.

Im Fitness-Center Hallenschwimmbad, Sauna, Massage, Solarium und Schwimmbad-Bar. Einkaufspassage, 300 Parkplätze und ideale Möglichkeiten für den Hobby-Sport.

Der Club im RHEINSTERN ist das Club-Restaurant im englischen Stil. Mit Bar, Diskothek und Altbier-Pub. Gepflegt ausgehen, gut essen und im

ASCOT CLUB

den Abend genießen. Als Hotelgast, mit Geschäftsfreunden oder ganz einfach als Gourmet. Wir empfehlen unsere exquisite Küche mit internationalen Spezialitäten. Im Ascot-Club sind Sie immer herzlich eingeladen.

RHEINSTERN
Apparthotel Düsseldorf
4 Düsseldorf 11, Am Seestern
Telefon: 0211/5997-1
Telex: 8584242

shington erwuchsen neue Verpflichtungen.

Aber auch die Nixon-Administration (mit dem Vietnam-Problem im Nacken und später durch die Entspannungsversuche gegenüber der Sowjet-Union gefesselt) handelte für Israel niemals aktiv, sondern reagierte nur auf die sowjetischen Aktionen.

Alle jüdischen Bemühungen stießen auf eine Grundkonzeption des Weißen Hauses: Es galt, die Konfrontation mit dem sowjetischen Hintermann Ägyptens, Syriens und des Iraks zu meiden. Die Aufrüstung Israels war nur so weit zu betreiben, wie sie nach dem Urteil des (wie sich 1973 zeigte) weithin falsch informierten Pentagon notwendig war, um ein „friedenserhaltendes Gleichgewicht" zu bewahren.

Trotzdem hat Israel in der Nixon-Ära unter allen Washingtoner Administrationen seit 1945 die größte Unterstützung erfahren. Der überwiegende Teil der modernen Rüstung, die bei Beginn des Jom-Kippur-Krieges vorhanden war, wurde während der ersten und zweiten Nixon-Administration geliefert.

Die Mehrheit der US-Juden stimmt gegen Nixon.

Über die Spenden des amerikanischen Judentums hinaus erhielt Jerusalem eine wirtschaftliche und militärische US-Finanzhilfe in Höhe von 1,2 Milliarden Dollar. Verglichen mit den 107 Milliarden, die in Vietnam ausgegeben wurden, ist das bedeutungslos, aber immerhin mehr als unter allen vorangegangenen Präsidenten zusammen.

Dies ist um so bemerkenswerter, als Nixon 1968 praktisch ohne jüdische Stimmen zum Präsidenten gewählt wurde. Die jüdischen Stimmen entfielen zu 85 Prozent auf den demokratisch-liberalen Gegenkandidaten Hubert Humphrey.

Auch heute noch ist Nixon, der im Jom-Kippur-Krieg mehr für das Überleben Israels getan hat „als alle anderen Präsidenten vor ihm" (so der jüdische Kommentator Seymour Siegel), der von den Juden am wenigsten geachtete Politiker Amerikas. Bei der Präsidentenwahl von 1968 folgten die Juden ihrer traditionellen Bindung an die liberalen Demokraten. Bei der Wahl 1972, zwischen Nixon und George McGovern, gerieten sie in einen inneren Konflikt.

Nixon-Gegner McGovern, Juden in New York: Ohne Watergate kein Jom-Kippur-Krieg?

McGovern, der „Prärie-Senator" von Süd-Dakota, hatte die Theorien der jungen demokratischen Linken über Sozialreformen und die Gewinnung der nötigen Mittel durch Besteuerung der Reichen, Abzug aus Vietnam und Kürzung der US-Positionen in Übersee so laut vertreten, daß er zum Präsidentschaftskandidaten erhoben wurde. 1970/71 hatte er als Senator gegen die Wirtschafts- und Militärhilfe für Israel gestimmt.

Sein Eintreten für die Räumung und Entmilitarisierung der Golan-Höhen, die Internationalisierung Jerusalems und die Rückgabe aller 1967 besetzten Gebiete gegen Uno-Garantien war aktenkundig. Das „Action Committee on

American Arab Relations" (eine arabische Lobby in Washington) hatte McGovern als Präsidentschaftskandidaten bezeichnet, von dem eine objektive Entscheidung für die Araber zu erwarten sei.

Als McGovern in der Wahlkampagne erkannte, daß alle Programmpunkte der Linken, abgesehen von der Vietnam-Frage, in den bürgerlichen breiten Massen kein Echo fanden, änderte er seine Politik, darunter auch die Haltung gegenüber Israel. Viele Juden verziehen ihm, daß er bei einem Wahltreffen mit orthodoxen jüdischen Gruppen Milch zu koscheren Würstchen trank. Aber sie glaubten seinem plötzlichen Eintreten für „sichere israelische Grenzen" nicht mehr.

Zu den christlichen „fat cats" (fette Geldkatzen), die den Wahlfonds Nixons auffüllten, gesellten sich viele Juden. Es hatte immer eine Minderheit jüdischer Republikaner gegeben. Der Grundstücks- und Ölmultimillionär Max Fisher aus Detroit beispielsweise war schon 1968 ein Nixon-Anhänger gewesen.

Kissingers Aufstieg kompliziert die jüdisch-amerikanischen Beziehungen.

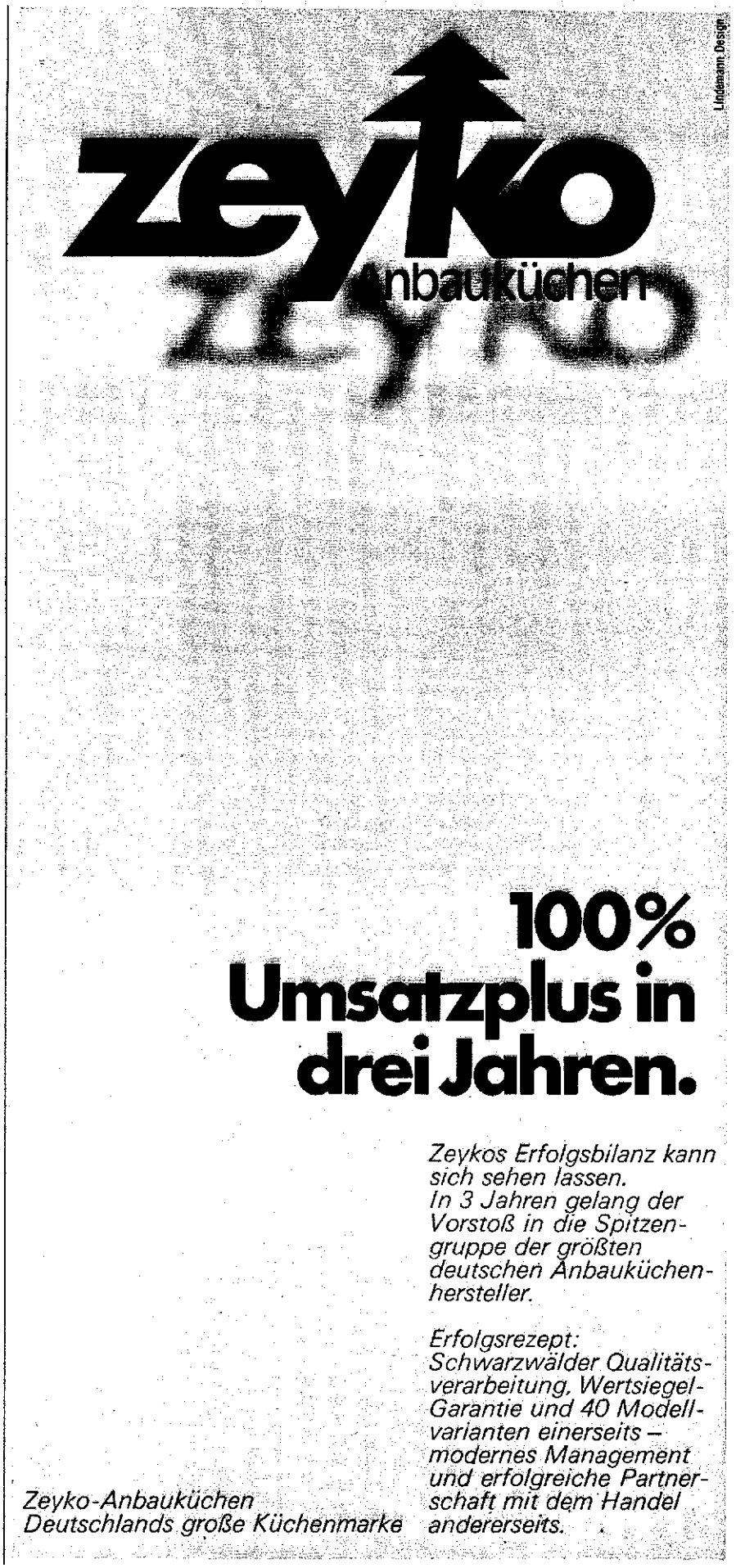
Jetzt aber vergrößerte sich ihre Zahl. Wahrscheinlich spielten als Motiv auch McGoverns verworrene Besteuerungspläne für die Reichen eine Rolle. Im Vordergrund aber stand Israel.

Jüdische Finanziers trugen zu Nixons Rekord-Wahlfonds von 60 Millionen Dollar bei. Viele andere hielten den Demokraten die Treue, so John L. Loeb, der gefürchtete, von Salvador Dalí mit einem Ritter in Eisenrüstung im Hintergrund gemalte große Mann des Bankhauses Loeb, Rhoades & Co., der als Freund Humphreys gilt. Aber McGoverns Wahlfonds blieb weit abgeschlagen zurück.

Trotzdem aber gewann Nixon nur 34 Prozent der jüdischen Stimmen. 66 Prozent blieben ihren liberalen Ideen treu. Sie hofften, daß McGovern durch praktische außenpolitische Erfahrungen zu anderen Ansichten über den Nahen Osten kommen würde.

Manche Beobachter sind überzeugt, daß viele Juden nach dem Abklingen der emotionellen Erhebung von 1967 von wachsender Sorge über die Festungsideologie Israels erfüllt waren. Sie selbst wußten keinen Weg aus der Erstarrung. Aber sie hofften, daß McGovern einen Anstoß dazu geben könnte.

Noch unter dem Donnern des Jom-Kippur-Krieges vertraten jüdische Demokraten die Ansicht, mit McGovern als Präsident wäre es nicht zu dem arabischen Angriff gekommen. Nur die Lähmung Nixons durch den Watergate-Skandal hätte Araber und Sowjets dazu



80 x jede Woche nach Afrika, Nord- und Südamerika, Asien und Fernost.

Mit **SABENA** über Brüssel, dem europäischen Drehkreuz für Luftfahrt und Business.

Buchen Sie SABENA für Ihre nächste interkontinentale Reise zu einem der nachfolgenden Zielorte:

Abidjan	Entebbe	Nairobi
Anchorage	Guatemala	New York
Bangkok	Johannesburg	Niamey
Beirut	Kairo	Nicosia
Bombay	Kano	Santiago de Chile
Buenos Aires	Kigali	Singapur
Bujumbura	Kinshasa	Teheran
Casablanca	Lagos	Tel Aviv
Conakry	Manila	Tokio
Dakar	Mexico	Tunis
Dar-es-Salam	Monrovia	
Douala	Montreal	

oder zu den 29 Städten in 14 Ländern, die wir in Europa anfliegen.
Neun SABENA-Büros in Deutschland
sowie alle IATA-Flugreisebüros beraten Sie gern.

GO BELGIAN

ermutigt. McGovern hätte nie ein Watergate erlebt.

Zur gleichen Zeit dokumentierte sich der innere jüdische Konflikt in einer Ausgabe der „New York Times". Während im redaktionellen Teil vom Impeachment und von Bürgeraufrufen zum Rücktritt Nixons die Rede war, enthielt der Anzeigenteil ein Großinserat von 40 Rabbinern mit der Überschrift „Wir danken Präsident Nixon". Es pries Nixons Mut bei der Rettung Israels.

Die ohnehin komplizierten Beziehungen zwischen den Juden, dem Capitol, dem Weißen Haus und Israel aber wurden noch verwickelter durch den Aufstieg Henry Kissingers. Bis zum Oktober 1973 hielt er sich von allem fern, was den Nahen Osten betraf, obwohl er wußte, daß hier noch mehr als in Vietnam ein gefährlicher Zündfunke für seine Politik des kontrollierten Macht- und Interessenausgleichs mit der Sowjet-Union liegen konnte.

Israel — Werkzeug antisowjetischer Politik?

Kissinger hatte seinen Weg in Nixons Umgebung ausschließlich durch persönliche Leistungen gegen die Vorbehalte einer Mehrheit des Judentums gemacht. Noch mehr als früheren jüdisch-amerikanischen Politikern galt ihm die jüdische Sorge, Irrtümer und Fehlschläge eines jüdischen Außenministers könnten zu einer Belastung für das gesamte US-Judentum werden. Und ebenso galt ihm die alte Befürchtung, er werde sein Judentum vergessen und nur die Interessen der amerikanischen Nation vertreten.

Nach seiner Ernennung zum Außenminister im September 1973 überschwemmte den Kongreß nicht nur eine Flut antisemitischer Briefe. Bemerkenswerter waren die jüdischen Vorbehalte.

Politisch engagierte Juden hatten das Beipiel des französischen Ministerpräsidenten Mendès-France vor Augen, der angeklagt worden war, das französische Kolonialreich verspielt zu haben. Oder sie dachten an Herbert Samuel, den ersten Juden in einem britischen Kabinett, der 1920 als Hochkommissar in Palästina eine Generalamnestie für alle Araber erließ, die eine antijüdische Revolte in Jerusalem entfesselt hatten. 1921 forderte er einen Stopp für die jüdische Einwanderung.

Ganz aktuell war die Gestalt des österreichischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky, der nach einem palästinensischen Terroranschlag ein österreichisches Durchgangslager für jüdische Auswanderer aus der Sowjet-Union aufhob und Israel in einem Vortrag empfahl, den Gedanken aufzugeben, ein „auserwähltes Volk" zu sein, und seine Isolierung in der Welt nicht weiter zu vertiefen.

Amerikas Kissinger

Frankreichs Mendès-France

Umstrittene jüdische Politiker
„Lieber einen Ungläubigen"

Bezeichnend für die Reserve gegen Kissinger war die Ansicht: „Im Kampf um den jüdischen Staat würde ich mich eher auf einen Ungläubigen verlassen als auf einen Flüchtling mit einem starken deutschen Akzent, der beweisen muß, daß er Amerikaner ist." Die arabischen Vorbehalte verstanden sich von selbst.

Kissinger stürzte sich erst mit dem Mut der Ausweglosigkeit in die Nahost-Politik, als der Jom-Kippur-Krieg zeigte, daß das erhoffte Gleichgewicht der Kräfte zwischen Israel und den Arabern nicht zustande kam und die sowjetische Unterstützung der arabischen Seite seine weltpolitischen Pläne und Vorstellungen erschütterte.

Es war vielmehr ein anderer, der zwischen 1969 und 1973 weit über jede „Gleichgewichts-Politik" hinaus für eine eindeutige Aufrüstung Israels eintrat und für die Israel-Lobby ansprechbar war — ein Nichtjude: Henry (Scoop) Jackson, Senator des Staates Washington und Vorsitzender oder maßgebliches Mitglied der Ausschüsse

Österreichs Kreisky

Englands Samuel

für innere Angelegenheiten, für Bewaffnung, Atomenergie und Kontrolle der Regierung. Der Staat Washington hat nur eine Bevölkerung von 3 449 000, darunter lediglich 15 230 (0,4 Prozent) Juden. Jackson ist über jeden Verdacht erhaben, von jüdischer Unterstützung abhängig zu sein.

In der Phase der amerikanischen Vietnam-Müdigkeit und der beginnenden Entspannungspolitik des Duos Nixon—Kissinger galt er als der letzte „kalte Krieger". Er verglich die Sowjet-Union mit einem Hoteldieb, der in jede Türe hineinschlüpft, die man offen läßt.

Schon vor dem Jom-Kippur-Krieg hat Jackson die Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjet-Union gebremst. Er forderte die Erhöhung der Ausgaben für Atom-U-Boote, Raketen und Stationierungen in Übersee, er verlangte eine eindeutige Haltung zugunsten Israels als einzigem zuverlässigen Stützpunkt im Nahen Osten.

Kalt zog er auch die nötigen Konsequenzen aus den schon lange vor dem Krieg spürbaren arabischen Öl-Embargo-Plänen und forderte entsprechende US-Energie-Gesetze. Schließlich hat er die Förderung ungehinderter jüdischer Auswanderung aus der Sowjet-Union zu einem Bestandteil seiner antisowjetischen Politik erhoben.

Es ist zweifellos eindrucksvoll zu beobachten, wie viele neugegründete Verbände für die Auswanderung der Sowjetjuden wirken. Aber es wäre naiv zu glauben, daß dadurch die Kongreß- und Senatsentscheidungen herbeigeführt wurden, die Normalisierung der Handelsbeziehungen mit der Sowjet-Union von der Liberalisierung der sowjetischen Auswandererpolitik abhängig zu machen und das handelshungrige Moskau zu dosierten Auswanderungsgenehmigungen zu veranlassen. (1973 emigrierten über 30 000 sowjetische Juden nach Israel und 1500 nach den Vereinigten Staaten — gegenüber 450 im Jahr 1972.)

Das ist das Werk Jacksons, der ein nichtjüdisches Anliegen als Vorspann für seine antisowjetische Politik benutzt. Und diese Taktik erweckt unter Juden nicht nur Zustimmung, sondern auch die Besorgnis, daß ein Scheitern der Entspannungspolitik gegenüber der Sowjet-Union ihnen angelastet werden könnte.

Der Jom-Kippur-Krieg und seine Folgen sind die jüngste Prüfung für die Mehrzahl des amerikanischen Judentums. Die Beinahe-Niederlage Israels, seine Isolierung von der übrigen Welt und die totale Abhängigkeit von den USA, dazu die Einsicht in die ständig wachsende arabische Macht und die Unmöglichkeit, Israel auf die bisherige Weise von Krieg zu Krieg am Leben zu erhalten, haben überschattet, was die amerikanischen Juden sonst bewegt — auch die Frage nach der eigenen Zukunft zwischen Orthodoxie und Assimilation.

Dynamitanschlag gegen eine Synagoge.

Im Oktober 1973 schrieb Kermit Lansner („Newsweek") unter dem Titel „Die nervösen Juden von Amerika": „Schon bevor der Krieg ausbrach, zeigte sich in der jüdischen Gemeinde die Besorgnis, sie könnte zu einem Problem (für Amerika) werden." Nun, nachdem der Krieg tatsächlich ausgebrochen sei, hätten „die sensiblen Antennen der amerikanischen Juden störende Vibrationen aufgefangen". Für die meisten Amerikaner klingt der Gedanke an einen militanten Antisemitismus absurd: aber das Auschwitz-Syndrom ist eine Realität, und die hyperempfindlichen Antennen bleiben intakt.

Drei Jahre vor dem Krieg übergab die „B'nai B'rith Anti Defamation League" dem US-Senat eine Aufstellung von Bombenanschlägen und Fällen von Vandalismus, die gegen jüdische Institutionen gerichtet waren. 1969/70 war es zu 64 Aktionen gekommen: Dyna-

mitanschläge gegen eine Synagoge in Temple Hills und gegen das „Mosholu Jewish Center" in der Bronx, Hakenkreuz-Malereien an Synagogen in Massachusetts und Wyoming sowie die Zerstörung Hunderter von jüdischen Grabsteinen in Connecticut.

Gemessen an der Größe der USA wurden die Vorkommnisse von den meisten Amerikanern als Einzelakte betrachtet, die sich genauso gegen christliche Institutionen richteten. Aber zur gleichen Zeit wie Lansner schrieb Milton Sonn, ein führender Vertreter der „Anti Defamation League": „Die antijüdische Feindseligkeit, die sich in den besten Zeiten dicht unter der Oberfläche verbirgt, wird jetzt durch das Doppelereignis des Jom-Kippur-Krieges und der Ölkrise zum Leben erweckt."

Sonn erschrak etwa darüber, daß eine Zeitschrift der kalifornischen Universität in Los Angeles, deren Studenten 1967 die israelischen Siege begeistert verfolgt hatten, eine Karikatur veröffentlichte, auf der israelische Soldaten „Uncle Sam" in eine Kanone luden. Ihn bedrückte, daß niemand außer Juden dagegen zu protestieren schien.

„Israel ist ein bescheideneres Volk geworden."

Ihn erschreckte auch eine unerwartete arabische Anzeigenkampagne in der amerikanischen Presse. Der jüdische Professor Michael Curtis gestand: „Die brillanten Public Relations, welche sie (die Araber) in den USA betreiben, sind etwas Neues."

Unter der Schlagzeile „Offener Brief an das amerikanische Volk" verkündete Omar el-Sakkaf, Außenminister von Saudi-Arabien, den US-Bürgern zu Neujahr: „Wir Araber wünschen Ihnen ein gutes neues Jahr. Die Energiekrise hat vielleicht Ihre Feiertagsfreude beeinträchtigt. Aber unsere Jahreswende wurde durch Todesdrohung und fortgesetzte Aggressionen überschattet. Trotzdem sprechen wir ohne Bitterkeit zu Ihnen ... Wir kürzen die Ölzufuhr nach den USA, die wiederholt unser Anrecht auf unseren Boden bestätigt, aber den Israelis durch massive Waffenlieferungen geholfen haben, Land, das uns gehört, besetzt zu halten ... Unser Anliegen ist einfach: Wir bieten Israel Frieden und Sicherheit an, aber wir können und wollen unser Land nicht in israelischen Händen lassen."

Schmierereien auf einem jüdischen Friedhof in New York: Neuer Antisemitismus?

Jüdische Organisationen erwiderten die Kampagne mit Texten wie: „Öl! Es kann dein Haus erwärmen. Es kann deinen Wagen antreiben. Es kann auch dein Vaterland erpressen ... Die Vorstellung, eine Handvoll von Königen, Scheichs und Diktatoren könnte Amerika vorschreiben, wie es seine Außenpolitik zu führen hat, läßt sich schwerlich schlucken."

Bis heute haben sich alle Besorgnisse der US-Juden, die öffentliche Meinung könne sich gegen sie wenden, nicht bewahrheitet. Nach Gallup-Umfragen sprachen sich zu Beginn des Jom-Kippur-Krieges 48 Prozent für Israel aus — im Januar 1974 war die Zahl auf 54 Prozent angewachsen. Die Zahl der Araber-Sympathisanten hat nur acht Prozent erreicht.

Die Mehrzahl der Amerikaner erhebt keine Klagen gegen ihre jüdischen Mitbürger, wohl aber gegen die Kurzsichtigkeit der Regierung bei der Vorsorge, gegen die großen Ölgesellschaften und gegen die arabischen Staaten selbst.

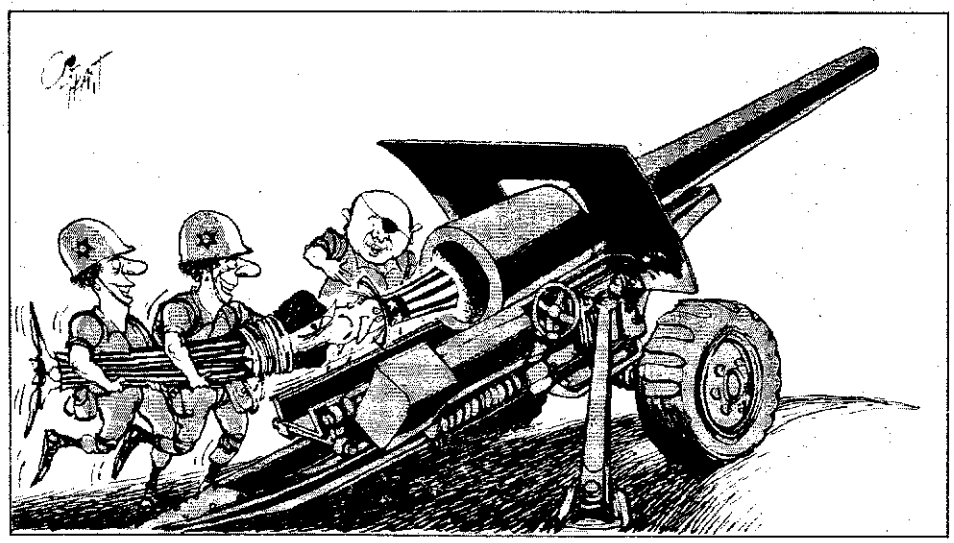
Dennoch bleibt die Besorgnis, daß die Amerikaner die Bedeutung der Energiekrise noch nicht erfaßt haben könnten. Und es stellt sich die Frage, ob es Kissinger, dem Mißtrauten und in der Tat zuerst den Interessen Amerikas und dem eigenen Ego Dienenden, gelingen wird, Frieden im Nahen Osten zu erreichen, ohne Israels Existenz zu untergraben.

Die Ansichten über die Chancen sind so verschieden wie die Juden Amerikas verschieden sind. Die Orthodoxen denken anders darüber als die ganz oder beinahe Assimilierten, die Israel nicht gewollt haben, es aber unterstützen, weil es existiert.

Allem Anschein nach sind sie es, die am nüchternsten hoffen, daß — wie immer in der Geschichte — eine Reihe von erschöpfenden Kriegen notwendig war, um auf beiden Seiten eine Bereitschaft zur Vernunft zu schaffen, und daß alles, was in den vergangenen 25 Jahren geschah, am Ende seinen Sinn für Leben und Überleben Israels erhält.

Nathan Ribon, der Direktor des „Israel Alivah Center" in Los Angeles, darf denn auch der Zustimmung der Assimilierten sicher sein, wenn er sagt: „Die Beinahe-Niederlage hat die Israelis zu einem bescheideneren Volk gemacht."

Ende



The Los Angeles Times

Anti-Israelische US-Karikatur